

A n h a n g

A n n e x e s

1 - 6

zum Stadtratsprotokoll Nr. 18

vom 16. Dezember 2015

au procès-verbal n° 18

du 16 décembre 2015

Anhang Nr. 1

Beantwortung

des dringlichen überparteilichen Postulates 20150298, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Dana Augsburger-Brom, SP, Jeremias Ritter, GLP, "Wie weiter mit den Dienstleistungen von Image Plus ab 2016?"

1. Ausgangslage

Mit dem dringlichen überparteilichen Postulat 20150298 "Wie weiter mit den Dienstleistungen von Image Plus ab 2016" wird der Gemeinderat gebeten zu prüfen, wie der Service von Image Plus auch ab 2016 den Liegenschaftseigentümerinnen und –eigentümern mit der Zusatzversicherung TOP und TOP Plus der Gebäudeversicherung Bern (GVB) zur Verfügung gestellt werden kann.

Zur Attraktivierung des Stadtbildes und Reduktion von Sprayereien in Biel genehmigte der Stadtrat am 12. Dezember 2007

- einen Verpflichtungskredit von CHF 760'000.- für die Umsetzung des Projektes Image Plus (VK Nr. 11010.0601, Stadtmarketing))
- einen Verpflichtungskredit von CHF 400'000.- für die flankierenden Massnahmen im Infrastrukturbereich der Stadt (VK Nr. 56000.0226, Infrastruktur/Tiefbau)

Dazu stimmte er der Entnahme von insgesamt CHF 1'160'000.- aus der Spezialfinanzierung Stadtmarketing/Stadtentwicklung zu. Da der vom Stadtrat genehmigte Verpflichtungskredit noch nicht aufgebraucht ist, wurde das Projekt vom Gemeinderat letztmals am 18. Dezember 2013 bis Ende 2015 verlängert.

2. Entwicklung von Image Plus

Im Mai 2008 wurde das Projekt Image Plus gestartet. Zwischen Mai 2008 bis Oktober 2015 wurden rund 6'200 Schadenfälle erledigt. Am Projekt beteiligen sich rund 22% der Liegenschaftseigentümerinnen und –eigentümer. Der Gemeinderat erachtet dies als erfreulich, denn es beteiligen sich erwartungsgemäss in erster Linie Eigentümerinnen und Eigentümer von zentrumsnah gelegenen und/oder exponierten Liegenschaften am Projekt, da diese besondere häufig von Sprayereien betroffen sind. Eigentümerinnen und Eigentümern mit Liegenschaften in reinen Wohnquartieren beschäftigt das Problem hingegen kaum. Die hohe Beteiligung führt der Gemeinderat auf die attraktiven Dienstleistungen beziehungsweise auf die Tatsache zurück, dass der Liegenschaftseigentümerin / dem Liegenschaftseigentümer von Image Plus sämtliche Arbeiten im Zusammenhang mit der Entfernung der Sprayereien abgenommen werden.

Die strategische Leitung oblag von Beginn weg der Dienststelle Wirtschaft / Stadtmarketing, die operative Leitung hingegen der Feuerwehr. Ab 2014 wurde – infolge personeller Wechsel bei der Feuerwehr – sowohl die strategische als auch die operative Leitung der Dienststelle Wirtschaft / Stadtmarketing übertragen.

Die Reinigungskosten werden in der Regel der von der Liegenschaftseigentümerin / dem Liegenschaftseigentümer bei der GVB abzuschliessenden Zusatzversicherung GVB Top in Rechnung gestellt. Nur in den Fällen, wo ein Schaden vor Abschluss der Zusatzversicherung GVB Top eingetreten ist, übernimmt die Stadt Biel die Erstreinigungskosten bis max. CHF 2'000.-. Heute fallen diese Erstreinigungskosten bedeutend weniger hoch aus als in den Anfangsjahren des Projektes, da weniger neue Liegenschaftseigentümerinnen und –eigentümer zum Projekt stossen.

Für Erstreinigungen und für Administrativkosten wie Informatik, Hosting der Datenbank etc. wurden zwischen Mai 2008 bis heute rund CHF 482'837.- ausgegeben. Zudem wurden CHF 180'000.- für flankierende Massnahmen im Infrastrukturbereich aufgewendet, da der vom Stadtrat für diesen Bereich genehmigte Kredit praktisch aufgebraucht war, aber auch hier die Kontinuität aufrecht erhalten werden sollte. Der vom Stadtrat genehmigte Kredit für Image Plus von CHF 760'000.- weist im Oktober 2015 somit noch einen Bestand von rund CHF 97'000.- aus. Rund CHF 1'128'000.- Reinigungskosten wurden zwischen Mai 2008 und Oktober 2015 mit der GVB zulasten der Zusatzversicherung GVB Top abgerechnet.

3. Fortsetzung des Projektes Image Plus

Der Gemeinderat beurteilt die Entwicklung von Image Plus als erfreulich. Er stellt fest, dass sich das generelle Erscheinungsbild der Stadt Biel seit Einführung des Projektes Image Plus kontinuierlich verbessert hat. Dank regelmässiger Reinigungen kann dieser Zustand aufrechterhalten werden. Er erachtet daher als wichtig, die Kontinuität der Reinigungen auch weiterhin beizubehalten. Mit Blick darauf hat er das Projekt nochmals um drei weitere Jahre, d.h. bis Ende 2018, verlängert. Der noch vorhandene Restbestand von rund CHF 97'000.- im entsprechenden Verpflichtungskredit sollte gemäss den bisherigen Erfahrungen für diese Zeit noch ausreichen. Ermöglicht wurde dieser Entscheid aber vor allem auch durch den Umstand, dass der Stadtrat an seinen Sitzungen vom Mai 2015 auf eine Auflösung der Spezialfinanzierung Stadtmarketing verzichtet hat und die Ausgaben weiterhin zulasten dieser Spezialfinanzierung gehen.

4. Antrag

Aufgrund der vorliegenden Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, das dringliche überparteiliche Postulat 2015209 "Wie weiter mit den Dienstleistungen von Image Plus ab 2016" erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Biel, 11.11.2015

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:

Erich Fehr

Die Stadtschreiberin:

Barbara Labbé

Beilage(n)Dringliches Postulat 20150298

Vorstand/In / Vizeprv. no.

150298

Termin: 11.11.15

11.11.15

Direktor: Name:

PRA

Altbericht/Correspondat:

RD

Dringliches überparteiliches Postulat

Wie weiter mit den Dienstleistungen von Image Plus ab 2016

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, wie der Service von Image Plus der Stadt auch ab 2016 den Liegenschaftsbetreibern mit der Zusatzversicherung TOP und TOP Plus der Gebäudeversicherung GVB zur Verfügung gestellt werden kann.

Begründung:

Die Stadt ist bemüht das Image und die Attraktivität der Stadt aber auch der Quartiere mit verschiedenen Massnahmen zu verbessern. Die Dienstleistungen von Image Plus sind ein Service der ein rasches und unkompliziertes Vorgehen bei Sprayereien und Tags an Fassaden sicherstellt. Der bei der GVB mit den TOP und TOP Plus Zusatzversicherung versicherte Liegenschaftsbesitzende, kann einen Service-Vertrag zum entfernen von Fassadenverunreinigungen mit der Stadt abschliessen. Dieses Projekt ist nur noch bis Ende 2015 gesichert. Wie es danach weitergeht, ist nicht bekannt.

Und so funktioniert: Die Dienststelle Wirtschaft / Stadtmarketing der Stadt Biel nimmt Schadensmeldungen entgegen. Sie ist für die gesamte Abwicklung der Schadensdossiers zuständig. Grundsätzlich sind die Schäden der Fassadenverunreinigungen durch die Liegenschaftseigentümerinnen oder -eigentümer zu melden. In der von Sprayereien stärker betroffenen Bieler Innenstadt (Zentrum, Altstadt, Einfallsstrassen) werden die Schäden zudem direkt durch das von der Stadt Biel beauftragte und dort regelmässig zirkulierende Reinigungsunternehmen gemeldet. Die Stadt organisiert die Instandstellung innert 48 Std. und ist für die Meldung bei der GVB besorgt. Zudem reicht die Stadt eine Strafanzeige bei der Kantonspolizei ein.

Dieses unbürokratische Vorgehen ist gerade auch für private Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer eine echte Hilfe aber auch für Verwaltungen ein Service, der geschätzt wird. Dank der raschen Bearbeitung wird die Attraktivität Fassaden zu besprühen verringert und damit das Erscheinungsbild und das Image der Quartiere nicht unnötig belastet. Das ist nicht nur im Interesse der Liegenschaftenbesitzenden aber auch im Interesse der Stadt und seiner Bewohnerinnen und Bewohner. Die Dienstleistung von Image Plus trägt zu einem attraktiven Stadtbild bei, stärkt auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung, indem das wilde «tägen» und sprayen unattraktiv gemacht werden. Denn was ist die grösste Freude eines Sprayers? Möglichst lange und vielerorts sein Werk zu sehen und dem wird durch rasches handeln mit dem Service von Image Plus Einhalt geboten.

24. September 2015

Ruth Tennebaum,
PASSERELLE

Dana Augsburger-Brom
SP/PS

Jeremias Ritter
Fraktion Grünliberale

Beantwortung

Anhang Nr. 2

des dringlichen Postulats 20150297, Anna Tanner, Fraktion SP, „Aktive Suche nach Wohnraum für Flüchtlinge“

Mit dem dringenden Postulat wird der Gemeinderat gebeten, nachfolgende Punkte im Zusammenhang mit der aktiven Suche nach Wohnraum für Flüchtlinge zu prüfen.

Der Gemeinderat nimmt zu den Punkten wie folgt Stellung:

- A. Aktiv nach einem geeigneten Gebäude für ein Durchgangszentrum zu suchen.
- B. Aktiv nach geeignetem Wohnraum für Flüchtlinge in der Phase II* zu suchen.
- C. Aktiv nach Boden, die für mobile Bauten zur Verfügung gestellt werden könnten, zu suchen.

Mit Blick auf die anspruchsvolle Situation im Bereich Flüchtlinge sind folgende einleitende Bemerkungen angezeigt.

Der Kanton Bern erhält vom Staatssekretariat für Migration (SEM) entsprechend seiner Bevölkerungszahl derzeit 13,5 % aller Asylsuchenden der Schweiz zugewiesen und ist für ihre Unterbringung, Betreuung und Unterstützung zuständig. Die Unterbringung von Asylsuchenden Personen gehört im Kanton Bern nicht zu den Aufgaben der Gemeinden und damit auch nicht zu denjenigen der Stadt Biel.

In diesem Sinne sollte der Kanton vordringlich um Koordination bemüht sein und stufengerecht, konkret über die Verwaltungskreise, Regierungsstatthalterämter und schlussendlich die Gemeinden die Zuweisung von Flüchtlingen prüfen und vollziehen. Dabei gilt auch zu berücksichtigen, dass unter den Gemeinden eine adäquate Verteilung vorgenommen wird und diese auch angehalten werden, sich untereinander solidarisch zu verhalten und die Aufnahme von Flüchtlingen als gemeinsam wahrzunehmende Herausforderung zu verstehen. Damit geht nach Erachten des Gemeinderates zwingend einher, dass die Gemeinden für die hiermit verbundenen, zusätzlichen finanziellen Belastungen entsprechend entschädigt werden.

In diesem Zusammenhang möchte der Gemeinderat auch darüber informieren, dass die Zahl der Kinder für die Empfangsstruktur in den letzten Monaten stark gestiegen ist. In den deutschsprachigen Klassen sind seit dem Schuleintritt nach den Sommerferien auf Primarstufe 21 und auf Sekundarstufe 12 Neuanmeldungen eingegangen. Am 9. November 2015 wiesen die Klassen eine Grösse von 25 (Primarstufe) und 16 (Sekundarstufe) auf. Aufgrund der herausfordernden Lage hat die Abteilung Schule & Sport bei der Erziehungsdirektion auf dem Dienstweg ein Gesuch zur Eröffnung von zwei weiteren Empfangsklassen gestellt, je eine auf Primar- und eine auf Sekundarstufe.

Wie bereits erläutert ist der Kanton zur Wahrnehmung seiner Aufgabe bei der Unterbringung von Asylsuchenden auf die Mithilfe und Unterstützung durch die Gemeinden angewiesen. Entsprechend wird in der Stadt Biel an der Zentralstrasse seit Jahrzehnten das Durchgangszentrum "Schlüssel" als Kollektivunterkunft für Asylsuchende betrieben. In den Jahren 2009 bis 2014 hat die Stadt Biel dem Kanton zudem die beiden Zivilschutzanlagen "Wasenstrasse" und "Linde" als Durchgangszentren für Asylsuchende zur Verfügung gestellt, bzw. vermietet.

Demgegenüber haben die meisten Gemeinden im Kanton Bern bisher noch nie Asylbewerrende bei sich aufgenommen. Der Gemeinderat vertritt deshalb die Auffassung, dass zunächst bei den in Bezug auf die Sozialhilfequote weniger belasteten und denjenigen Gemeinden, welche bisher noch nie Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt haben, nach Raum gesucht werden muss; dies auch zur Gewährleistung der Solidarität zwischen den Gemeinden.

Kommt hinzu, dass bereits durchgeföhrte Abklärungen ergeben haben, dass sich zurzeit keine geeigneten Liegenschaften für ein Durchgangszentrum im Eigentum der Stadt Biel befinden. Die beiden Zivilschutzzanlagen "Wasen" und "Linde" waren aufgrund der jahrelangen Nutzung als Durchgangszentren einer starken Abnützung unterworfen und sind noch nicht saniert worden. Sie stehen deshalb momentan nicht zur Verfügung. Schliesslich sind sämtliche Gebäude im städtischen Eigentum entweder vermietet resp. verpachtet oder im Baurecht abgegeben. Weiter bestehen ebenfalls keine geeigneten Grundstücke im Eigentum der Stadt Biel für die Aufstellung von z.B. Containern. Die vorhandenen Parzellen sind im Baurecht abgegeben oder längerfristig vermietet. Diese Ausführungen legen dar, wie wichtig eine enge und koordinierte Zusammenarbeit zwischen allen Behördenstufen und auch eine gelebte Solidarität zwischen den Gemeinwesen ist.

Gemäss Art. 40 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 151.21) beauftragt das Postulat den Gemeinderat oder das Stadtratsbüro zu prüfen, ob ein Reglements- oder Beschlussesentwurf vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen sei. Mit dem Postulat kann auch die Erstattung eines Berichts zu einer bestimmten Angelegenheit verlangt werden.

Im Sinne der vorangehenden Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, das dringliche Postulat 20150297 erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Biel, 18. November 2015

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:

Die Stadtschreiberin:

Erich Fehr

Barbara Labbé

Beilage: dringliches Postulat 20150297

Vorstoss Nr./Interv. no:

150297

Termin CR/Délai CM:

11.11.15

Direktion/Direction:

FD

Mithericht/Corapport:

DSS, PZA

Dringliches Postulat zur aktiven Suche nach Wohnraum für Flüchtlinge

Antrag

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen:

- a. aktiv nach einem geeigneten Gebäude für ein Durchgangszentrum zu suchen.
- b. aktiv nach geeignetem Wohnraum für Flüchtlinge in der Phase II* zu suchen.
- c. aktiv nach Boden, die für mobile Bauten zur Verfügung gestellt werden könnten zu suchen.

Begründung

Im Kanton Bern besteht ein grosser Mangel an geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten für Asylsuchende. Der Regierungsrat hat die Situation im Asylbereich bereits im Sommer 2014 zur Notlage erklärt. Vor kurzem hat der bernische Polizeidirektor Hans-Jürg Käser die Öffnung von Zivilschutzanlagen für Asylsuchende bei fünf Gemeinden (Aarberg, Neuenegg, Oberhofen, Wohlen und Täuffelen) verfügt. In einem dringenden Appell ruft er die Gemeinden zur Mithilfe bei der Lösung des Problems auf. Durch die steigende Zahl von Flüchtlingen, welche in Europa Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen, wird in nächster Zeit wohl kaum eine Entschärfung der Situation eintreffen. Biel als zweitgrösste Stadt im Kanton steht in der Pflicht, mit mehr Engagement ihren Anteil zur Lösung der fehlenden Plätze beizutragen.

Vor kurzem wurden in Biel drei Durchgangszentren betrieben, bis die unterirdischen Zentren Wasen und Linde berechtigerweise geschlossen wurden. Das zeigt, dass die Stadt Biel es durchaus verkraften kann, mehr Asylunterkünfte zu betreiben. Angesichts der neuen Flüchtlingsströme und der akuten Not an Unterbringungsmöglichkeiten, könnte Biel wieder ihr Engagement im Asylbereich erhöhen und nach Gebäude suchen, welche dem Kanton für Durchgangszentren zur Verfügung gestellt werden könnten.

Damit Platz in den bestehenden Kollektivunterkünften für die wöchentlich neu zugewiesenen Flüchtlingen in der Phase I geschaffen werden kann, muss für Asylsuchende in der Phase II Wohnraum gefunden werden. Hier könnte die Stadt Biel eine aktiver Rolle einnehmen und damit ihren Solidaritätsbeitrag erhöhen. Zumal die zentrumsnahen Unterbringung von Asylsuchenden bezüglich Integration und Arbeitssuche viele Vorteile bringt.

Man nehme sich ein Beispiel an der Gemeinde Rüderswil im Emmental. Dort hat der Gemeinderat die Bevölkerung dazu aufgerufen, frei stehenden Wohnraum bei der Gemeinde zu melden, damit die Wohnungen an Asylsuchende vermietet werden können. Zudem könnte das Amt für Stadtligenschaften leer stehende Wohnungen vermehrt bei der Asylkoordination melden und sie zu fairen Konditionen vermieten.

Weiter soll der Gemeinderat prüfen, dem Beispiel anderer Städte und Gemeinden zu folgen und dem Kanton die Erstellung von mobilen Bauten zur Verfügung stellen. In Zürich bewähren sich die Containersiedlungen sehr. Diese werden nicht als Kollektivunterkünfte betrieben, sondern dort sind Asylsuchende untergebracht, die normalerweise individuell in Wohnungen leben würden (Phase II).

Biel, 24. September 2015

Anna Tanner, SP

Faktion SP/PSR

J. J. B.

CJ *CH* *Cora Frank*
Gasterly *R. Salutus* *Astrid Künzli*
Andrea Bösch *CJL* *Ogi*
T. T. B. *Walter Mühlemann* *Dana UN-Pr*
Walter Mühlemann *Heinz-Joachim V. M. 67*
6

Anhang Nr. 3

Beantwortung

der dringlichen Interpellation 20150300, Christoph Grupp, Fraktion Grüne,
"Möglichkeiten der Stadt Biel, zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen"

Zu den im hier behandelten Vorstoss unterbreiteten Fragen kann der Gemeinderat wie folgt Stellung nehmen:

Der Kanton Bern erhält vom Staatssekretariat für Migration (SEM) entsprechend seiner Bevölkerungszahl derzeit 13,5 % aller Asylsuchenden der Schweiz zugewiesen und ist für ihre Unterbringung, Betreuung und Unterstützung zuständig. Die Unterbringung von Asylsuchenden Personen gehört im Kanton Bern nicht zu den Aufgaben der Gemeinden und damit auch nicht zu denjenigen der Stadt Biel.

In diesem Sinne sollte der Kanton vordringlich um Koordination bemüht sein und stufengerecht, konkret über die Verwaltungskreise, Regierungsstatthalterämter und schlussendlich die Gemeinden die Zuweisung von Flüchtlingen prüfen und vollziehen. Dabei gilt auch zu berücksichtigen, dass unter den Gemeinden eine adäquate Verteilung vorgenommen wird und diese auch angehalten werden, sich untereinander solidarisch zu verhalten und die Aufnahme von Flüchtlingen als gemeinsam wahrzunehmende Herausforderung zu verstehen. Damit geht nach Erachten des Gemeinderates zwingend einher, dass die Gemeinden für die hiermit verbundenen, zusätzlichen finanziellen Belastungen entsprechend entschädigt werden.

Selbstverständlich ist der Kanton bei der Unterbringung von Asylsuchenden somit auf die Mithilfe und Unterstützung durch die Gemeinden angewiesen. Entsprechend wird in der Stadt Biel an der Zentralstrasse seit Jahrzehnten das Durchgangszentrum "Schlüssel" als Kollektivunterkunft für Asylsuchende betrieben. In den Jahren 2009 bis 2014 hat die Stadt Biel dem Kanton zudem die beiden Zivilschutzanlagen "Wasenstrasse" und "Linde" als Durchgangszentren für Asylsuchende zur Verfügung gestellt, bzw. vermietet.

1. Hat sich der Gemeinderat bereits mit der aktuellen Notsituation beim Empfang und der Unterbringung von Flüchtlingen befasst? Wenn ja, wie lautet seine Einschätzung zu den Auswirkungen, speziell für den Raum Biel Seeland?

Der Gemeinderat ist im Juli dieses Jahres informell über die sich zuspitzende Situation rund um die Frage der Unterbringung von Asylsuchenden ins Bild gesetzt worden, hat sich bisher jedoch nicht formell mit der Frage befasst. Er hat hingegen an seiner Sitzung vom 23. September 2015 zulasten des Gemeinderatskredites eine Spende von CHF 20'000 zugunsten des Schweiz. Roten Kreuzes für dessen Arbeit in der gegenwärtigen Flüchtlingskrise auf dem Balkan bzw. Südosteuropa gesprochen.

2. Erfolgten in den letzten Wochen Anfragen durch den Kanton an den Gemeinderat zur Aufnahme von zusätzlichen Flüchtlingen?

Mit E-Mail vom 3. August 2015 hat der Regierungsstatthalter des Verwaltungskreises Biel einen Aufruf der Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern an die Gemeinden des Verwaltungskreises weitergeleitet, welcher das Ersuchen enthielt, sich aktiv an der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten für die Unterbringung von Asylsuchenden zu beteiligen. Konkrete Anfragen seitens des Kantons sind bisher jedoch keine eingegangen.

3. Kann sich der Gemeinderat ein proaktives Anbieten von zusätzlichen Durchgangszentren in Biel vorstellen? Welche Argumente pro und contra erachtet der Gemeinderat als relevant?

Momentan werden im Kanton Bern insgesamt 29 Kollektiv- und Notunterkünfte sowie drei Zentren für unbegleitete minderjährige Asylsuchende betrieben. Davon wird – wie weiter oben beschrieben – in Biel im Zentrum "Schlüssel" bereits eine Kollektivunterkunft als Durchgangszentrum betrieben. Der Gemeinderat kann sich aus folgenden Gründen derzeit ein proaktives Anbieten von zusätzlichen Durchgangszentren nicht vorstellen:

Da die Unterbringung einerseits eine kantonale Aufgabe ist und andererseits eine ausgeglichene räumliche Verteilung der Flüchtlinge zum Erhalt der Akzeptanz angezeigt ist, stellt sich diese Frage in dieser Form im Moment nicht. Wie in vielen anderen urbanen Gebieten, lebt bereits heute in der Stadt Biel eine Anzahl Personen aus den Bereichen Asyl und Flüchtlinge, welche höher ist als der prozentuale Anteil an der Gesamtbevölkerung in anderen Kantonsteilen, was auch die im Jahr 2013 erstellte Ecoplan-Studie bestätigt.

4. Im Falle einer ablehnenden Haltung zu Frage 3: kann die Stadt Biel einzelne Wohnungen anbieten, damit die regionalen Durchgangszentren zumindest etwas entlastet werden zur Aufnahme neuer Flüchtlinge?

Aus den in der Beantwortung der Frage 3 aufgeführten Gründen kann der Gemeinderat derzeit auch nicht mit einzelnen Wohnungen Hand bieten.

5. Ist der Gemeinderat bereit, ergänzend zu den aktiven Hilfestellungen gem. Fragen 3 und 4 eine gewisse Koordinationsfunktion zu übernehmen, z.B. bei der Vermittlung von Freiwilligen, der logistischen Unterstützung, Betreuung von Kindern und Familien, etc.?

Aufgrund der Tatsache, dass die Unterbringung von Flüchtlingen nicht zu den Aufgaben der Stadt Biel gehört, verfügt die Bieler Stadtverwaltung nicht über die hierfür notwendigen Personalressourcen. Es ist am Kanton, für die sich bietenden Probleme Lösungen zu suchen. Der Kanton hat denn auch den Verein Asyl Biel & Region mit der Wahrnehmung dieser Aufgaben betraut. Der Gemeinderat vertraut darauf, dass der erwähnte Verein mit ausreichend finanzieller Unterstützung des Kantons in der Lage sein wird, die ihm vom Kanton übertragenen Aufgaben zu erfüllen.

6. Sieht der Gemeinderat noch weitere Lösungsansätze, bei steigenden Flüchtlingszahlen communal oder regional aktiv zu werden?

Der Gemeinderat sieht derzeit aufgrund der klaren Aufgabenzuteilung zwischen Kanton, Gemeinden und privaten Leistungserbringern keine Veranlassung, im Bereich der Unterbringung von Asylsuchenden aktiv zu werden, bzw. hier personelle oder finanzielle Ressourcen einzusetzen. Selbstverständlich ist der Gemeinderat im Rahmen der angestammten Aufgaben und Kompetenzen der Stadt Biel bereit, die kantonal zuständigen Behörden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen, wie dies in Art. 4 der Einführungsverordnung zum Ausländer- und zum Asylgesetz des Kantons Bern (EV AuG und AsylG; BSG 122,201) vorgesehen ist.

In diesem Zusammenhang möchte der Gemeinderat auch darüber informieren, dass die Zahl der Kinder für die Empfangsstruktur den letzten Monaten stark gestiegen ist. In den deutschsprachigen Klassen sind seit dem Schuleintritt nach den Sommerferien auf Primarstufe 21 und auf Sekundarstufe 12 Neuanmeldungen eingegangen. Am 9. November 2015 wiesen die Klassen eine Grösse von 25 (Primarstufe) und 16 (Sekundarstufe) auf. Aufgrund der herausfordernden Lage hat die Abteilung Schule & Sport bei der Erziehungsdirektion auf dem Dienstweg ein Gesuch zur Eröffnung von zwei weiteren Empfangsklassen gestellt, je eine auf Primar- und eine auf Sekundarstufe. Diese Ausführungen legen dar, wie wichtig eine enge und koordinierte Zusammenarbeit zwischen allen Behördenstufen und auch eine gelebte Solidarität zwischen den Gemeinwesen ist.

Biel, 18. November 2015

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:

Erich Fehr

Die Stadtschreiberin:

Barbara Labbé

Beilage: dringliche Interpellation 20150300



Vorstoss Nr./Interv. no: 150300
Termin GR/Délai CM: 11.11.15
Direktion/Direction: DSS
Mitbericht/Corapport: TTB

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Dringliche Interpellation

Möglichkeiten der Stadt Biel, zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen

Der Gemeinderat wird gebeten, zu den folgenden Fragen betreffend der Aufnahme von Flüchtlingen in Biel Stellung zu nehmen.

- An QSL
 zur Kenntnis
 zur Erledigung
 zur Stellungnahme bis Bericht und Antrag z.H. GR bis 16.11.15
Biel, 12.10.2015 DSS
1. Hat sich der Gemeinderat bereits mit der aktuellen Notsituation beim Empfang und der Unterbringung von Flüchtlingen befasst? Wenn ja, wie lautet seine Einschätzung zu den Auswirkungen, speziell für den Raum Biel Seeland?
 2. Erfolgten in den letzten Wochen Anfragen durch den Kanton an den Gemeinderat zur Aufnahme von zusätzlichen Flüchtlingen?
 3. Kann sich der Gemeinderat ein proaktives Anbieten von zusätzlichen Durchgangszentren in Biel vorstellen? Welche Argumente pro und contra erachtet der Gemeinderat als relevant?
 4. Im Falle einer ablehnenden Haltung zu Frage 3: kann die Stadt Biel einzelne Wohnungen anbieten, damit die regionalen Durchgangszentren zumindest etwas entlastet werden zur Aufnahme neuer Flüchtlinge?
 5. Ist der Gemeinderat bereit, ergänzend zu den aktiven Hilfestellungen gem. Fragen 3 und 4 eine gewisse Koordinationsfunktion zu übernehmen, z.B. bei der Vermittlung von Freiwilligen, der logistischen Unterstützung, Betreuung von Kindern und Familien etc.?
 6. Sieht der Gemeinderat noch weitere Lösungsansätze, bei steigenden Flüchtlingszahlen kommunal oder regional aktiv zu werden?

Begründung:

Die Kriege und kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien und im Irak, aber auch die anhaltend repressive Situation in Eritrea und andern Ländern haben in den letzten Monaten sehr viele Menschen zur Flucht gezwungen. Von den Grenzen Europas, aber auch aus Berlin, Calais oder Österreich erreichen uns via Medien unerträgliche Bilder. Schrecklich ist die Situation aber für die Menschen vor Ort – Flüchtlinge wie Ansässige – welche tagtäglich unter den unmenschlichen Bedingungen leiden. Die Weiterreise der Zehntausenden von Gestrandeten an einen sicheren Ort hat hier oberste Priorität.

Die EU hat nun endlich klare Kontingente zugeordnet, auch die Schweiz wird davon betroffen sein. In unserer Region sind bereits erste Flüchtlinge aus den genannten Kriegsgebieten eingetroffen und weilen zur Zeit in undichten Zelten in Lyss, in der Hoffnung auf ein festes Dach über dem Kopf vor Winterbeginn.

In dieser Situation ist es *dringend*, gemeinsam nach Lösungen zu suchen; um eine gewisse Anzahl Flüchtlinge willkommen zu heißen und bei uns aufzunehmen, damit sie körperlich wie seelisch nicht noch weiteren Schaden erleiden.

Im Bewusstsein, dass für die Fragen der Migration und der Unterbringung von Flüchtlingen vorab Bund und Kanton zuständig sind, aber in der Überzeugung, dass nun rasch auch unbürokratisch geholfen werden muss; bitten wir den Gemeinderat um ein Engagement für die in unserem Land eintreffenden Flüchtlinge.

Christoph Grupp, Fraktion Grüne Biel

Biel, 24. September 2015

Anhang Nr. 4

Réponse

Interpellation urgente interpartis 20150299, Pascal Bord, SVP, Natasha Pittet, PRR, Caroline Jean-Quartier, PSR, André Vuille, PBB, Leonhard Cadetg, FDP, Sandra Gurtner-Oesch, GLP, Christoph Grupp, Grüne, Werner Hadorn, SP, «Le Canton sacrifie la culture biennoise et bilingue lors de sa réorganisation, le Conseil municipal doit-il ?»

Les intervenants s'inquiètent des restructurations de l'Office de la culture envisagées par le Canton de Berne. Ils demandent des précisions sur la situation et l'agenda et souhaitent un engagement du Conseil municipal sur ce dossier.

Cette réorganisation relève de la compétence de la Direction de l'instruction publique (INS), voire directement de l'Office de la culture. Selon les informations fournies par l'INS, son introduction est prévue pour janvier 2016. Le Conseil municipal n'a donc qu'une influence partielle sur ce dossier. Il a néanmoins manifesté sa préoccupation par le biais de contacts bilatéraux. Puisque le sujet peut avoir des conséquences sur le bilinguisme et la situation de la population francophone, le Conseil municipal agit par le biais des démarches entreprises par la Délégation biennoise aux affaires jurassiennes (DBAJ). Il appuie également les interventions du Conseil des affaires francophones (CAF).

Jusqu'à présent, dans le domaine de l'encouragement des activités culturelles, l'Office cantonal de la culture dispose d'une section germanophone et d'une section francophone. La section francophone s'occupe de l'ensemble des dossiers qui concernent la ville de Bienne, quel que soit leur provenance linguistique. Bienne dispose ainsi d'un interlocuteur unique et compétent, proche des spécificités liées au bilinguisme. À ce jour, le système fonctionne à la satisfaction de tous.

L'adoption des mesures pour le Statu Quo+ du Jura bernois a des conséquences pour Bienne. Dans le domaine culturel, le Conseil-exécutif a décidé la création d'un poste de délégué / déléguée à la culture destiné au Conseil du Jura bernois (CJB). En conséquence, 0,5 poste (unité à temps plein UTP) doit être transféré à La Neuveville et retranché des effectifs de l'Office de la culture à Berne. Pour cela, l'INS a choisi de diminuer la dotation de la section francophone de l'Office concerné.

Suite à ces décisions, estimant que la section francophone se trouve dans une situation de sous-effectif (1,75 UTP), l'INS a prévu une fusion des sections francophone et germanophone. Les collaborateurs francophones devraient être répartis dans une nouvelle Section des activités culturelles bilingue et ainsi garantir un service dans les deux langues. Le projet prévoit également la création d'un poste de délégué-e francophone à la culture rattaché directement au chef de l'office et jouissant de compétences propres. Le/la responsable de cette Section des activités culturelles et son suppléant /sa suppléante couvriront les deux langues du canton (un/une francophone, l'autre germanophone). Le nombre de collaborateurs et collaboratrices dans ladite section devrait augmenter à moyen terme. Les postes seront systématiquement mis au concours dans les deux langues. Une Conférence interne de coordination francophone sera mise sur pied pour assurer un regard francophone au sein de l'office. Cette vision est présentée par l'INS comme un renforcement du bilinguisme cantonal. Un règlement interne qui sera soumis au CAF est d'ailleurs prévu pour appuyer cette dynamique.

Même si l'INS est convaincue de son dispositif, le Conseil des affaires francophones (CAF) reste inquiet et a demandé des éclaircissements sur le projet. La crainte existe d'une dilution des compétences et des interlocuteurs sur lesquels les acteurs culturels biennois doivent pouvoir compter. Les modestes effectifs francophones, largement minoritaires, seront dispersés dans les unités de l'Office. La disparition d'une section proprement francophone qui dispose d'une structure,

de compétences et des partenaires sensibles aux enjeux du bilinguisme, risque de compliquer l'encouragement aux activités culturelles en espace bilingue. Les compétences du futur délégué / de la future déléguée ne peuvent se limiter à des tâches consultatives. Les questions budgétaires doivent être également clarifiées. Sans revendiquer une enveloppe budgétaire dédiée, comme c'est le cas pour le Jura bernois, la politique culturelle en espace bilingue nécessite des moyens adaptés et suffisants. La dissolution de la section francophone, avec son propre budget, pourrait contredire cette exigence.

Les explications qui ont été apportées par l'INS n'ont pas rassuré le CAF. Selon ce dernier, la réorganisation conduirait à un affaiblissement dans le traitement des affaires culturelles biennoises auprès du Canton. La possibilité d'aboutir à un «statu quo minus» pour Bienne ne peut pas être exclue.

Chargée des dossiers qui concernent la politique régionale, la Délégation biennoise aux affaires jurassienne (DBAJ) a été saisie de l'affaire. En septembre 2015, elle a adressé un courrier au conseiller d'Etat Bernhard Pulver lui demandant de renoncer à la disparition de la section francophone et demandant le report de l'agenda prévu. Une entrevue a eu lieu le 3 novembre 2015. Lors de cet échange, l'INS a apporté de nouvelles garanties pour assurer un respect des spécificités biennoises dans la gestion de l'encouragement à la culture. À cette occasion, les compétences du futur délégué / de la future déléguée ont été précisées et renforcées, notamment dans le souci de permettre une protection du bilinguisme et de la minorité francophone. La volonté de ne pas diminuer les moyens à disposition de la culture à Bienne a été réaffirmée. Les procédures pour les demandes de soutien ont été adaptées pour permettre de pérenniser les pratiques actuelles et les prérogatives du CAF seront maintenues. Le cadre réglementaire de l'Office de la culture sera encore discuté avec les représentants biennois pour établir les bases formelles du consensus.

Le Conseil municipal suit de très près les discussions autour de la réorganisation de l'Office de la culture. Conduisant la DBAJ, dont la présidence est assurée par le maire, avec la participation du CAF, le Conseil municipal appuie les clarifications entamées avec l'INS. Il partage la conviction que toute introduction d'une amélioration de statut pour le Jura bernois ne doit en aucun cas conduire à une détérioration de la situation biennoise. La Ville doit pouvoir compter sur un partenariat efficace et direct dans le domaine culturel au niveau cantonal. La situation particulière de la ville, notamment en rapport avec le bilinguisme, exige un traitement et des moyens qui correspondent aux enjeux. Dans ce contexte, l'encouragement de la culture francophone reste crucial et ne saurait être fragilisé. Enfin, le rôle essentiel des centres urbains dans le domaine culturel doit être évidemment préservé.

Dans ce dossier important, le Conseil municipal, en lien avec les instances concernées, s'emploie à défendre les intérêts légitimes de Bienne pour assurer l'avenir de sa scène culturelle bilingue.

Bienne, le 11 novembre 2015

Au nom du Conseil municipal

Le maire:

Erich Fehr

La chancelière municipale:

Barbara Labbé

Annexe: Interpellation urgente 20150299

Interpellation urgente interparti

Vorstand Nr./Interv. no:

150299

Termint: 11.11.15 CM:

11.11.15

Direktion / Traktion:

BKS

Fitbericht / Berichtspunkt:

PZA

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Le canton sacrifie la culture biennoise et bilingue lors de sa réorganisation, le Conseil Municipal dort-il?

Nous avons appris par plusieurs sources que l'Office cantonal de la culture allait être restructuré. La section francophone serait supprimée. Le Jura bernois y gagnerait un délégué à la culture local et conserverait son budget. Par contre, le budget attribué à la culture biennoise serait remis en question. Sans la chef de la section francophone, Biel/Bienne perdrait un interlocuteur direct. La politique culturelle cantonale voudrait également donner plus de moyens aux campagnes, au détriment des villes. Dans un communiqué de presse du 31 août 2015, le canton veut donner la priorité « aux projets d'impulsion d'organisations culturelles situées en-dehors des centres urbains ».

http://www.erz.be.ch/erz/fr/index/kultur/kulturoerderung.meldungNeu.aktuellBox.html/erz/de/meldungen/kultur/kulturoerderung/2015/08/20150828_1541_foerderakzent_2015ausschreibungimpulsbeitraegefuerkulturbetriebe

Il est positif que le Jura bernois soit bénéficiaire de cette réforme, spécialement à l'aube du vote communaliste et dans le cadre du projet statu quo plus. Par contre, il n'est pas admissible que la culture francophone et bilingue de l'agglomération biennoise sorte prétérítée de cette réforme, non seulement par une perte financière potentielle, mais surtout une perte d'influence sur la vie culturelle. Le bilinguisme cantonal et biennois n'a-t-il plus de valeur aux yeux du Canton ?

Les interpellants demandent au Conseil Municipal :

- Les informations ci-dessus sont-elles bien exactes ?
- Des décisions ont-elles été prises, quel est l'agenda ?
- Qu'a fait le Conseil Municipal jusqu'à présent, que va-t-il faire ?

Nous attendons des réponses précises aux questions ci-dessus, mais surtout un engagement plus actif du Conseil Municipal sur le dossier.

24.09.15

Pascal Bord
UDC

Natasha Pittet
PLR

Caroline Jean-Quartier
PS

André Vuille
PBB

Leonhard Cadetg
FDP

Sandrine Gurmer Quesch
GLP

Christoph Grupp
Grüne

Geht an: Werner Hadorn

zur Kenntnis
 zur Stellungnahme
 zum Antwortentwurf
 zur Erledigung
 zum Archiv

Frist bis: 22.10.15

Datum: 15.10.15

Der Direktionssekretär:
J.M.

Beantwortung

Anhang Nr. 5

des überparteilichen Postulats 20150171, Stefan Kaufmann, FDP, Dennis Briechle, GLP, Andreas Sutter, BVP, Adrian Dillier, SVP, «Zukunft der Stadtbibliothek»

Das überparteiliche Postulat 20150171 fordert den Gemeinderat auf, Abklärungen zur Zukunft der Stadtbibliothek Biel zu treffen und eine Zusammenarbeit mit der künftigen Campus-Bibliothek und anderer Institutionen zu prüfen sowie mögliche Einsparungen zu berechnen.

Die Stadtbibliothek ist bei der Bieler Bevölkerung beliebt. Sie zählt jährlich über 8'000 aktive Nutzerinnen und Nutzer und 338'000 Besucherinnen und Besucher des Lesesaals. 30 Festangestellte mit insgesamt 1'800 Stellenprozenten leihen pro Jahr ca. 486'500 Medien aus.

Während die Nutzungen von Medien vermehrt digital stattfinden nimmt die Bedeutung von Bibliotheken als Orte der Begegnung und des Austausches zu. Diese Entwicklung ist in skandinavischen Ländern bereits erfolgt und die Tendenz kann auch in der Schweiz festgestellt werden. Sie hat Niederschlag gefunden in der kantonalen Bibliotheksstrategie, an deren Erarbeitung die Stadtbibliothek aktiv beteiligt war. Die Bibliotheksstrategie sieht auch Formen der engeren Zusammenarbeit mit kleineren Bibliotheken vor. Der Stadtbibliothek kommt dabei eine Mentoring-Aufgabe zu. Sie führt bereits heute Weiterbildungen durch. Dabei entwickelte Synergien führen jedoch kaum zu Einsparungen. Die Stadtbibliothek gibt ihr Know-how unentgeltlich weiter wie das der Leistungsvertrag vorsieht.

Die Stadtbibliothek hat in einem internen Strategieprozess klare Ziele formuliert und sich reorganisiert. Das grösste - und am schwierigsten zu erreichende - Ziel der Stadtbibliothek ist eine räumliche Verbesserung oder das Finden eines neuen, grosszügigen Standortes.

Die Stadt hat in den letzten 12 Jahren mithilfe des Kantons Bern zwei grosse Investitionskredite zugunsten der Modernisierung gesprochen – primär der Informatik-Infrastrukturen: 2003 CHF 556'850.– sowie ein rückzahlbares Darlehen von CHF 238'650.–, 2008 CHF 1'021'300.–.

Aufgrund der anstehenden Herausforderungen und der Entwicklung ist es naheliegend, Synergien mit der zukünftigen Campus-Bibliothek zu suchen, um die Nutzung und die Auslastung zu optimieren. Vom Bauvolumen her ist es möglich, die Raumbedürfnisse der Stadtbibliothek im künftigen Fachhochschulareal zu berücksichtigen. Bei einem Zusammengehen mit der künftigen Campus-Bibliothek würde sich der Verteilschlüssel für die Abgeltung der Leistung der Stadtbibliothek nicht ändern (gemäss kantonaler Gesetzgebung eine Regionalbibliothek, an der die Standortgemeinde 70% der Gesamtsubvention deckt). Das Sparpotential liegt in einer Entlastung des Betriebs Stadtbibliothek durch eine sehr enge Zusammenarbeit respektive Zusammenführung mit der Campus-Bibliothek.

Die Stadtbibliothek feiert dieses Jahr ihr 250-jähriges Bestehen. Sie ist ein Ort von kulturhistorischer Bedeutung, dies auch dank ihrer wertvollen Sammlung von Biennensia. Die Option «mehr Raum vor Ort» soll ebenfalls geprüft werden.

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, das überparteiliche Postulat 20150171 erheblich zu erklären.

Biel, 28.10.2015

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:

Erich Fehr

Der Vize-Stadtschreiber:

Julien Steiner

Beilage:

- Überparteiliches Postulat 20150171

ÜBERPARTEILICHES POSTULAT

Vorstoss Nr./Interv. no: 150A1
Termi: 18.10.2015
Drehzettel / Col. alk: BKS
Mitbericht / Corr. report: PRR

Zukunft der Stadtbibliothek

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Der Gemeinderat wird beauftragt, seriöse Abklärungen über die Zukunft der Bieler Stadtbibliothek in Angriff zu nehmen und dem Stadtrat mit der Postulats-Antwort Bericht zu erstatten (kein separater Bericht notwendig).

Unter anderen Überlegungen soll der Gemeinderat dabei die grundsätzliche Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der zukünftigen Campusbibliothek prüfen und dabei die eventuellen Spareffekte berechnen.

Gleichzeitig soll der Gemeinderat auch die Rolle einer Stadtbibliothek in einem sich rasant verändernden technologischen Umfeld neu abklären und allenfalls den Leistungsvertrag anpassen.

Begründung:

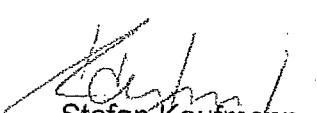
Es kann nicht sein, dass eine der mit Abstand grössten Subventionsempfänger von Sparmassnahmen verschont bleibt. Alle haben ihren Beitrag an die NHS zu leisten.

Im Topf A der NHS-Massnahmen wurde die Zusammenlegung der Stadtbibliothek mit der zukünftigen Campus-Bibliothek vorgeschlagen und mit einer durch Synergieeffekte erreichbare Einsparung von 1 Mio Franken veranschlagt. Es hat sich aber gezeigt, dass dieser Vorschlag wenig fundiert und weit entfernt von einer konkreten Umsetzung war.

Trotzdem ist die Idee einer Zusammenarbeit prüfenswert, zumal die Institution „Öffentliche Bibliothek“ durch den rasanten technologischen Wandel ohnehin unter Druck gerät und sich immer neu ausrichten muss. Die Bibliothek sieht sich gemäss ihrem Strategiebericht „move it“ nicht nur als Ausleih- und Rückgabestation, sondern auch als Orten des Aufenthalts. Sie sind Lernorte und Informationszentren und bieten Raum fürs Arbeiten. Auch diese Rolle muss laufend neu definiert werden.

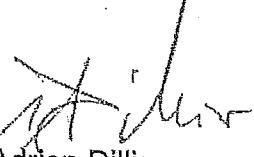
Es könnten auch Sparmöglichkeiten beziehungsweise Synergien in folgenden Bereichen gefunden werden: Zusammenarbeit mit den städtischen Schul- und Regionalbibliotheken (ein Katalog, ein Ausweis, einheitliche Ausleihbedingungen, fachliche Unterstützung durch gemeinsamen Medieneinkauf oder ähnliches, ev. Mithilfe beim Umbau von Schulbibliotheken zu Quartierbibliotheken) und engere Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv (Bereich Biennensia) oder eine engere Zusammenarbeit mit der städtischen Stelle der Integration von Migrationsfamilien.

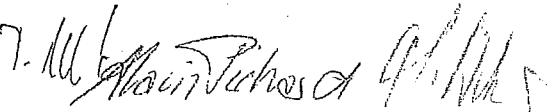
Biel, den 20. Mai 2015

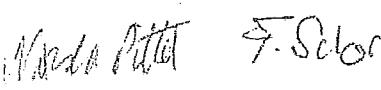

Stefan Kaufmann
FDP/PRR/EVP/EDU

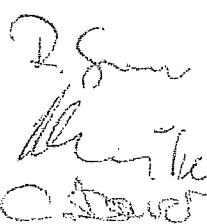

Dennis Briechele
GLP

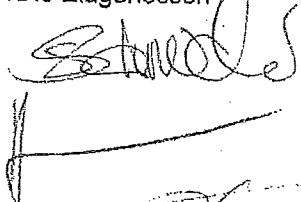

Andreas Sutter
BVP/CVP/BDP

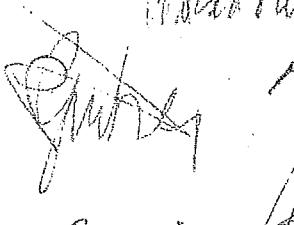

Adrian Dillier
SVP/Die Eidgenossen

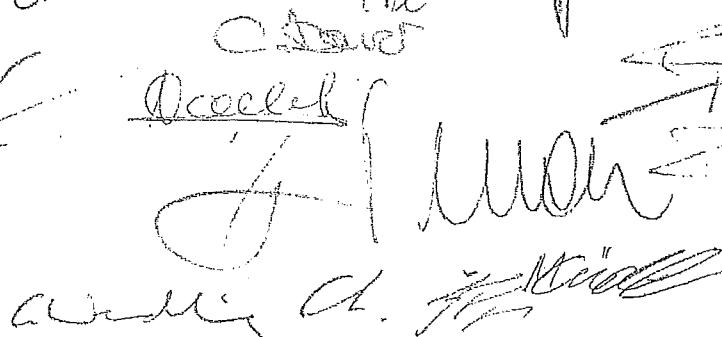

Richard Müller


Barbara Schär


Barbara Schär


Barbara Schär


Barbara Schär


Barbara Schär

Réponse

Anhang Nr. 6

à l'interpellation 20150172, Mélanie Pauli, PRR, «Quelle est la politique de la Ville de Bienne relative à la présence des gens du voyage ?»

S'agissant des aires de passage et de transit pour les Yéniches suisses et les gens du voyage étrangers, la situation s'avère complexe. Cette question a fait l'objet d'un examen approfondi dans le cadre des réponses à l'interpellation 20140128, Pablo Donzé, Groupe les Verts, «Gens du voyage» et au postulat 20140231, Reto Gugger, PBD, Andreas Sutter PPB, Monique Esseiva PDC «Stopper les occupations illégales de terrains par les gens du voyage». Ces dernières années, ce sont sans exception des gens du voyage étrangers qui ont occupé illégalement des terrains sur le territoire communal biennois.

Par rapport au passé, la Ville de Bienne a vu augmenter ces dernières années le nombre d'occupations illégales de terrains par des gens du voyage étrangers, principalement aux Champs-de-Boujean. Tandis que la plupart des places de transit se trouve en Suisse romande (p. ex. à Villeneuve), notre région n'en a pas pour les gens du voyage étrangers. Manifestement, ces derniers n'ont cependant pas grande difficulté à trouver suffisamment de travail dans notre région, raison pour laquelle ils s'y arrêtent volontiers et fréquemment. Etant donné qu'ils ne disposent pas de places officielles, les gens du voyage s'installent généralement sans s'annoncer sur des terrains publics ou privés.

De surcroît, ces dernières années, les Champs-de-Boujean ont vu fleurir de nombreuses nouvelles constructions. Dans ce contexte, la présence des gens du voyage est devenue source de conflits d'intérêts et donne lieu à des discordes quant à l'utilisation des lieux. On comprend ainsi la recrudescence des réclamations émanant depuis quelques semaines et mois de la population et de l'industrie. La situation a pris une telle ampleur que le Conseil municipal a dû prendre des mesures spéciales. Du point de vue juridique, il convient de noter que le mode de vie des gens du voyage est protégé par l'art. 10, al. 2 de la Constitution fédérale (Cst.) et partant se déduit du droit constitutionnel à la liberté personnelle. Par ailleurs, les caravanes des gens du voyage ont valeur de logement au sens de l'art. 13, al. 1, Cst. et entrent ainsi dans le champ d'application du principe fondamental du droit à la protection de la sphère privée. Le fait que les gens du voyage bénéficient d'une protection des droits fondamentaux ne signifie pas pour autant que l'État n'est pas autorisé à prendre des mesures contre les occupations illégales de terrains. Les conditions relatives à la restriction des droits fondamentaux sont réglementées par l'art. 36 Cst. Ainsi, toute restriction d'un droit fondamental doit être fondée sur une base légale, justifiée par un intérêt public ou par la protection d'un droit fondamental d'autrui. Elle doit également rester proportionnée.

À l'occasion de sa séance du 16 septembre 2015, le Conseil municipal a adopté un train de mesures portant aussi bien sur la prévention que la répression et prévoyant une collaboration étroite avec la Police cantonale (mise en œuvre répondant au principe de la proportionnalité) :

Mesures préventives :

- information active et conseils destinés aux propriétaires de terrains menacés;
- protection des terrains appartenant à la Ville par le biais de mesures de construction ou d'autre nature;
- renforcement des patrouilles;
- surveillance des terrains menacés lorsque cela paraît pertinent et nécessaire;

- Demande formelle au Conseil-exécutif pour la création d'une place de transit provisoire.

Mesures répressives (terrains privés):

- la Police cantonale et le Département de la sécurité publique s'informent mutuellement et rapidement;
- le Département de la sécurité publique prend rapidement contact avec les propriétaires et détermine les besoins;
- le Département de la sécurité publique prend rapidement contact avec les gens du voyage (si nécessaire avec le soutien de la Police cantonale);
- communiquer aux gens du voyage un délai rapide pour libérer le terrain qu'ils occupent, si les propriétaires le souhaitent;
- évacuation immédiate du terrain en cas de danger direct menaçant la vie ou l'intégrité corporelle ou des biens importants;
- demander à la Police cantonale d'expulser les gens du voyage sur la base de l'art. 29, al. 1, let. b de la Loi cantonale sur la police lorsqu'il n'y a pas de danger imminent (selon l'appréciation de la Police cantonale);
- conseiller les propriétaires par rapport à la suite de la démarche, lorsqu'une expulsion policière n'est pas possible (dépôt d'une demande d'expulsion auprès du tribunal civil, possibilité de porter plainte, etc.);
- une fois les gens du voyage partis, conseiller les propriétaires concernant
 - la prise de mesures de construction destinées à empêcher de nouvelles occupations;
 - la demande d'une mise à ban, conformément à l'article 258 du Code de procédure civile suisse, pour interdire tout trouble de la possession sur un terrain précis et punir son auteur;
 - la fermeture du terrain de manière appropriée au moyen de clôtures, de chaînes solides, de haies drues, de murs ou de fossés;
 - la construction de ralentisseurs, de barrières, de limitations latérales ou en hauteur sur l'accès ou le passage menant à la parcelle, afin d'empêcher des caravanes de passer;
 - le blocage en fin de semaine des accès non utilisés au terrain au moyen d'objets mobiles comme des véhicules ou des remorques.

Mesures de répressions spéciales sur le domaine public (en complément des mesures susmentionnées)

- promulguer une décision d'expulsion avec un délai rapide d'évacuation du site en vertu de l'art. 10a, al. 1, let. a de la Loi sur la police du canton de Berne en relation avec l'art. 8, al. 1, et l'art. 36, al. 1 et 2 du Règlement de police locale de la Ville de Biel/Bienne. Exécution de la décision si nécessaire;
- prononcer des amendes en vertu de l'art. 7 en relation avec l'art. 33 du Règlement de police locale de la Ville de Biel/Bienne (limite supérieure de 5000 fr.);
- le Département de la sécurité publique ou la Police cantonale établissent des amendes d'ordre sur la base de la législation en matière de circulation routière;

Le Conseil municipal est en mesure de prendre position comme suit quant aux questions posées par l'intervenante dans la présente interpellation:

1. Entre la fin du mois d'avril et début mai, les gens du voyage sont venus s'installer illégalement dans le quartier de Boujean (à proximité de Swiss Tennis). Qu'a fait la Ville pour les inciter à partir ? Quelles mesures ont été prises ?

Dans un premier temps, des négociations ont été entreprises visant à inciter les gens du voyage concernés à repartir. Etant donné que cela n'a pas eu l'effet escompté, les gens du

voyage ont été informés qu'au terme du nouveau délai qui leur était imparti pour repartir, des amendes d'ordre leur seraient infligées. Cette dernière mesure a porté ses fruits.

2. La Ville porte-t-elle systématiquement plainte lorsque ces gens occupent ses terrains sans droit ?

La stratégie adoptée par le Conseil municipal le 16 septembre 2015 contre les occupations illégales de terrains prévoit le dépôt d'une plainte, lorsque les mesures prises en amont n'ont pas abouti.

3. La Ville prend-elle contact avec les propriétaires fonciers concernés afin que ceux-ci sachent comment agir et se sentent soutenus face à cette problématique ?

Oui, dans tous les cas.

4. La Ville envoie-t-elle un médiateur dans le but de faire partir les gens du voyage ? Si non, a-t-elle déjà étudié cette possibilité ?

Oui, dans tous les cas.

5. La Ville agit-elle pour avoir une augmentation de la présence policière dans les zones «occupées» ?

Oui, la Police cantonale a été mandatée en ce sens.

6. Dans la réponse au postulat interpartis 20140231, le Conseil municipal expose que la pose de blocs de pierres dans la zone de Swiss Tennis est impossible à cause du passage des camions. Or les caravanes n'empêchent pas les camions de passer. Qu'en est-il donc de la pose de blocs de pierres à l'emplacement exact des caravanes ?

Dans l'intervalle, des éléments en béton ont été posés au chemin du Tennis. Les camions et les véhicules larges des urgences passent par la rue Henri-Dunant où une borne a été installée.

7. Est-il possible de couper l'eau à l'endroit où les gens du voyage se ravitaillent ? Si oui, est-ce que la Ville le fait ?

Les gens du voyage se ravitaillent en eau soit par le biais de raccordements privés ou sur les hydrantes d'Energie Service Biel / Bienne (ESB). Les propriétaires sont responsables de l'exploitation des raccordements hydrauliques privés. Les hydrantes d'ESB ne peuvent pas être totalement bloquées parce que les sapeurs-pompiers ne disposeraient pas de l'eau nécessaire en cas d'incendie. En tant que propriétaire des hydrantes, ESB porte généralement plainte en cas de vol d'eau et/ou de dommages matériels (détérioration du réseau de distribution d'eau).

8. Quelles sont les mesures exactes prises par la Ville pour dissuader les gens du voyage de venir et/ou de rester ?

Les mesures en question sont décrites en détails dans la réponse à la question 1.

9. Qu'en est-il des frais de remise en état ? La Ville prend-elle systématiquement des mesures (identité ou autres) afin de tout faire pour que le contribuable ne doive pas assumer au final de tels frais ?

Les organes de la Police municipale et cantonale utilisent tous les moyens dont ils disposent pour s'assurer que les gens du voyage ne souillent pas les lieux ou ne commettent pas de dégradations. Dans ce contexte, relever l'identité des personnes coupables fait partie de la procédure, afin qu'une plainte puisse être déposée si nécessaire et/ou qu'un dédommagement puisse être demandé.

Biel/Bienne, le 28 octobre 2015

Au nom du Conseil municipal

Le maire:

Le vice-chancelier:

Erich Fehr

Julien Steiner

Annexe:

- Interpellation 20150172
- Réponse à l'interpellation 20140128
- Réponse au postulat 20140231

Vorstoß Nr./Interv. no:

150A2

Familie SP/Partei CM:

28.10.2015

Direktion/Direction:

DSS

Mitbericht/Coreport:

Interpellation

Quelle est la politique de la Ville de Biel/Bienne relative à la présence des gens du voyage?

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Ainsi que le souligne le conseil municipal dans sa réponse au postulat interpartis 20140231 : il n'y a jamais eu autant de gens du voyage à Biel/Bienne.

Ces personnes occupent le plus souvent des terrains dans la zone industrielle de Boujean, cela pose de nombreux problèmes pour les entreprises (vols, insalubrité, immondices, mauvaise image, etc.). La situation est devenue intolérable !

Par conséquent, la présente interpellation a pour objet de savoir quelle est la politique générale de la ville de Biel/Bienne sur la question des gens du voyage par les questions suivantes:

- 1) Entre la fin du mois d'avril et le début mai, les gens du voyage sont venus s'installer illégalement dans le quartier de Boujean (à proximité de Swiss Tennis). Qu'a fait la ville pour les inciter à partir ? Quelles mesures ont été prises ?
- 2) La ville porte-t-elle systématiquement plainte lorsque ces gens occupent ses terrains sans droit ?
- 3) La ville prend-elle contact avec les propriétaires fonciers concernés afin que ceux-ci sachent comment agir et se sentent soutenus face à cette problématique ?
- 4) La ville envoie-t-elle un médiateur dans le but de faire partir ces gens du voyage ? Si non, a-t-elle déjà étudié cette possibilité ?
- 5) La ville agit-elle pour avoir une augmentation de la présence policière dans les zones "occupées" ?
- 6) Dans la réponse au postulat interpartis 20140231 le conseil municipal expose que la pose de blocs de pierres dans la zone de Swiss tennis est impossible à cause du passage des camions. Or les caravanes n'empêchent pas les camions de passer. Qu'en est-il donc de la pose de blocs de pierres à l'emplacement exact des caravanes ?
- 7) Est-il possible de couper l'eau à l'endroit où les gens du voyage se ravitaillent ? Si oui est-ce que la ville le fait ?
- 8) Quelles sont les mesures exactes prises par la ville pour dissuader les gens du voyage de venir, respectivement de rester ?
- 9) Qu'en est-il des frais de remise en état ? La Ville prend-elle systématiquement des mesures (identité ou autres) afin de tout faire pour que le contribuable ne doive finalement assumer en fin de compte de tels frais ?

Biel/Bienne, le 21 mai 2015

Mélanie Pauli
PRR

Réponse

à l'interpellation 20140128, Pablo Donzé, Groupe Les Verts, «Gens du voyage»

Le Conseil municipal est en mesure de prendre position comme suit quant aux questions posées par l'intervenant dans la présente interpellation:

1. Où en est la mise en œuvre du postulat 20090139 au niveau communal et régional?

Le postulat de Muriel Beck Kadima, Verts Bienne, «Places de stationnement pour les gens du voyage à Bienne et dans la région» a été déposé le 23 avril 2009 et la réponse du Conseil municipal a été traitée par le Conseil de ville à sa séance du 21 janvier 2010. Après le retrait du premier point de l'intervention par son autrice, le Conseil de ville a donné mandat comme suit au Conseil municipal:

«En outre, le Conseil municipal est chargé, conjointement avec l'Association seeland.biel/bienne, d'élaborer une solution permettant de créer les infrastructures nécessaires aux gens du voyage au plan régional (aires de transit, places de stationnement.)»

Les gens du voyage suisses constituent une minorité nationale reconnue. En ratifiant en octobre 1998 la Convention-cadre du Parlement européen pour la protection des minorités nationales, la Suisse s'est engagée à promouvoir les conditions propres à permettre aux personnes appartenant à des minorités nationales de conserver et de développer leur culture. L'existence d'aires de transit est une condition sine qua non pour que les gens du voyage suisses puissent vivre selon leur culture.

Concernant la mise à disposition d'aires de transit pour les gens du voyage suisse, il s'agit d'une thématique ancrée juridiquement en majorité dans le domaine de l'aménagement du territoire. Selon le droit fédéral en vigueur, l'application de la législation fédérale dans ce domaine (loi et ordonnance sur l'aménagement du territoire) incombe aux cantons. Avec les «Adaptations du plan directeur 2010» en vigueur depuis le 15.08.2011, le Conseil-exécutif du Canton de Berne a intégré dans le Plan directeur cantonal une fiche de mesures sur le thème des gens du voyage. Cette fiche de mesures D_08 décrit la procédure visant à créer des aires de séjour et de transit destinées aux gens du voyage.

S'appuyant sur ladite fiche de mesures D_08, le Conseil-exécutif a donné mandat en 2011 à la Direction de la justice, des affaires communales et des affaires ecclésiastiques (JCE) de procéder à une évaluation de sites pour créer des places en faveur des gens du voyage. Dans le cadre de l'élaboration des lignes directrices du Conseil-exécutif pour les «aires de séjour et de transit destinées aux gens du voyage dans le canton de Berne», la Ville de Bienne a participé aux travaux sur l'invitation de l'organe compétent au sein de la JCE, à savoir l'Office des affaires communales et de l'organisation du territoire (OACOT), lequel a aussi intégré l'Association seeland.biel/bienne dans les travaux.

Les résultats de l'évaluation décrite ci-dessus ont été récapitulés en 2013 dans les lignes directrices «Aires de séjour et de transit pour les gens du voyage dans le canton de Berne». En dehors de la répartition des tâches entre le Canton, les communes et les gens du voyage, ces lignes directrices englobent aussi les types d'emplacement ainsi que les frais de réalisation et d'exploitation qui y sont liés.

Les clarifications effectuées dans le cadre de l'évaluation montrent qu'il n'existe aucun besoin d'aires de séjour supplémentaires dans le canton de Berne pour les gens du voyage.

Le besoin en place de transit pour les gens du voyage suisses dans le canton de Berne est fixé 7 dans les lignes directrices. La demande des gens du voyage suisses pour une aire de transit dans la région biennoise n'était pas prononcée par le passé. Dans des cas isolés, l'ancienne aire de l'Expo.02 a été louée sur demande à des gens du voyage suisses. Par l'occupation illégale de la «Petite Allmend» à Berne fin avril 2014 et de l'ancien terrain de l'Expo.02 à Nidau en mai 2014, le jeune «Mouvement des gens du voyage suisse» a réussi à attirer (de nouveau) l'attention des milieux politiques et des pouvoirs publics sur les problèmes rencontrés par les Yéniches suisses. Sous la responsabilité du président du Gouvernement bernois Christoph Neuhaus, la JCE s'est entendue avec les Villes de Berne et de Bienne, afin que les gens du voyage suisses disposent de deux emplacements provisoires à Berne (Schermenweg) et à Bienne (rue de Zurich) du 9 mai à fin août 2014. Les expériences acquises avec l'exploitation de l'aire de transit provisoire pour les gens du voyage à la rue de Zurich peuvent être qualifiées en majeure partie de positives.

Pour les gens du voyage étrangers, une dizaine de places de transit sont nécessaires dans tout le pays. La recherche de telles places constitue une tâche intercantionale. En conséquence, la responsabilité incombe ici à la Confédération et/ou à l'Office fédéral de la culture. Une enquête menée à l'été 2011 par le biais des préfectures auprès des communes de plus de 3'000 habitants a révélé que sur 93 d'entre elles ayant renvoyé le questionnaire, sept seulement n'avaient encore jamais eu de problèmes avec des gens du voyage étrangers. Les problèmes les plus fréquemment mentionnés sont le dépôt de déchets et de matières fécales, le non-respect des règles et des accords ainsi que le comportement souvent incorrect vis-à-vis des autorités et de la population. En 2011 et 2012, la Ville de Bienne et l'OACOT ont examiné ensemble s'il était possible de réaliser un projet-pilote d'aire de transit pour les gens du voyage étrangers sur le parking de l'ancien stand de tir central. Vu le comportement des gens du voyage tolérés durant quelques mois et les perturbations de l'ordre public en résultant, les autorités compétentes se sont toutefois vues contraintes d'interrompre l'expérience et d'interdire l'accès au parking aux gens du voyage étrangers.

2. Quelle est la stratégie du Conseil municipal et plus particulièrement de seeland.biel/bienne pour le réaliser ?

Le Conseil municipal ne peut pas s'exprimer au nom de l'Association seeland.biel/bienne. La stratégie du Conseil municipal prévoit de participer activement aux recherches de solutions définitives placées sous la responsabilité de la JCE, dans la mesure toutefois où d'autres communes du canton exerçant aussi une fonction de centre urbain participent aussi activement au processus. Le Conseil municipal est toujours d'avis qu'une participation active de la Ville de Bienne au processus décrit pour trouver des solutions est opportune. C'est ainsi que la Ville de Bienne s'est déclarée prête à mettre à disposition en 2015 comme en 2014, c'est-à-dire selon la même pratique et aux mêmes conditions, la place située à la rue de Zurich comme aire de transit provisoire pour les gens du voyage suisses.

3. Les autorités biennoises, conjointement avec les autorités des autres communes de l'agglomération et avec seeland.biel/bienne, peuvent-elles procéder de manière active sans attendre la position du canton ? Si non, pourquoi ?

Dans le cadre de leur autonomie, les communes sont en principe libres de déterminer elles-même comment elles entendent gérer les terrains dont elles sont propriétaires. Par conséquent, dans le cadre de la réglementation fondamentale légale en matière de construction, une commune peut déterminer librement si elle entend aménager ou non une place pour les gens du voyage sur son territoire. Le Conseil municipal est d'avis que la

meilleure situation initiale possible est donnée avec la responsabilité de la JCE en la matière et la participation du plus grand nombre de communes possible du canton au processus de recherche de solutions adéquates, équilibrées et ciblées.

4. Concernant la présence de Yéniches sur le territoire de Nidau en propriété de la Ville: quelle est la position de la Ville à court, moyen et long terme ?

Ladite place a été louée de manière sporadique à des gens du voyage suisses ces dernières années. Toutefois, en raison de ses caractéristiques, de sa situation ainsi que des types d'affectation prévus à moyen et long terme, cette place s'avère inadéquate pour une utilisation durable en tant qu'aire de transit pour les gens du voyage. Par principe, toutes les demandes d'utilisation doivent être appréciées d'entente avec la Ville de Nidau par les organes municipaux compétents.

Bienne, le 29 octobre 2014

Au nom du Conseil municipal

Le maire:

Erich Fehr

La chancelière municipale:

Barbara Labbé

Annexes:

- Interpellation 20140128
- Postulat 20090139
- Plan directeur du Canton de Berne, fiche de mesures D_08 d/f
- Lignes directrices du Conseil-exécutif de juin 2011

Réponse

au postulat interpartis 20140231, Reto Gugger PBD, Andreas Sutter PPB, Monique Esseiva PDC, «Stopper les occupations de terrains illégales par les gens du voyage»

Par ce postulat, le Conseil municipal est chargé de prendre des mesures visant à prévenir l'occupation illégale des terrains municipaux utilisés par le passé pour le stationnement des caravanes par les gens du voyage, par exemple en mettant en place des barrières de limitation de la hauteur.

En rapport avec la question des aires de séjour et de transit pour les yéniches suisses et les gens du voyage étrangers, la situation s'avère complexe et a été pleinement éclairée par le Conseil municipal dans sa réponse à l'interpellation 20140128, Pablo Donzé, Groupe Les Verts, «Gens du voyage». Après la mise à disposition l'année dernière d'une aire de transit pour les gens du voyage suisses, ce qui a pu être réglé rapidement et à la satisfaction de tous les participants en collaboration avec les services cantonaux compétents et d'autres communes du canton, la situation initiale pour les aires de transit pour les gens du voyage étrangers se présente de manière plus complexe.

Environ 10 aires de transit sont nécessaires dans toute la Suisse pour les gens du voyage étrangers. La recherche de telles aires de transit représente une tâche intercantionale. Par conséquent, la responsabilité en la matière incombe à la Confédération, c'est-à-dire à l'Office fédéral de la culture. En été 2011, un sondage réalisé par le biais des préfectures auprès des communes de plus de 3'000 habitants a révélé que sur les 93 communes qui ont renvoyé le questionnaire, seulement 7 n'avaient encore jamais eu de problèmes avec les gens du voyage étrangers. Les principaux problèmes évoqués sont l'abandon des déchets et de matières fécales, le non-respect des règles et des accords, ainsi que le comportement souvent incorrect vis-à-vis des autorités et de la population.

En 2011 et 2012, en coopération avec l'Office cantonal des affaires communales et de l'organisation du territoire (OACOT), la Ville de Bienne a examiné si un projet pilote d'aire de transit pour les gens du voyage étrangers pourrait être réalisé au bout de la rue de Zurich, sur le parking de l'ancien stand de tir central. Suite au comportement des gens du voyage étrangers ayant été tolérés pendant quelques mois, et des conséquences en résultant pour l'ordre public, les autorités se sont toutefois vues obligées d'interrompre l'expérience et de rendre le parking inaccessible aux gens du voyage étrangers. Entre temps, la place mentionnée est mise à disposition comme aire de transit de manière saisonnière pour les gens du voyage suisses et n'est pas utilisée par les gens du voyage étrangers lors de l'occupation par les premiers.

En ce moment, il n'existe pas de terrain municipal à Bienne qui serait approprié en raison de son état comme aire de séjour pour les gens du voyage étrangers et dont l'environnement serait par la même occasion adapté de telle sorte qu'il n'y ait pas de conflits avec le proche voisinage. En conséquence, en 2014, la Ville de Bienne n'a plus mis de terrains à disposition pour les gens du voyage étrangers. Cependant, cela n'a pas conduit à ce que les gens du voyage étrangers ne séjournent plus à Bienne. Au contraire: entre février et octobre 2014, il n'y a jamais eu autant de gens du voyage étrangers à Bienne.

Tous les sites occupés par les gens du voyage étrangers se trouvent sans exception à Boujean, notamment aux Champs de Boujean. Cela s'explique par le fait que des terrains accessibles aux gens du voyage n'existent plus qu'à cet endroit. Les gens du voyage ne se montrent pas sélectifs et choisissent tant des terrains privés que municipaux. Même des parkings municipaux sur le domaine public ont en partie été utilisés, ce qui a engendré encore d'autres difficultés.

En 2014, les parkings suivants ont surtout été utilisés par les gens du voyage étrangers

- le parking près de l'ancien stand de tir central au bout de la rue de Zurich (dans la mesure où il n'était pas utilisé par les gens du voyage suisses),
- les parkings sur la voie d'accès au Club de tennis Biel / Bienne
- le parking au sud du chantier des Stades de Bienne ainsi que
- l'emplacement au sud près du terrain où se trouve le « Schrottbar ».

Le séjour des gens du voyage étrangers sur les sites mentionnés ci-dessus s'est effectué sans exception sans autorisation et contre la volonté des instances responsables.

La gestion de l'occupation non autorisée de terrains doit être abordée de manière différenciée. Une expulsion immédiate du périmètre occupé n'est possible qu'en cas de danger imminent (comme dans le cas de l'occupation du terrain BEA à Berne au printemps 2014). Tous les autres moyens juridiques admissibles et disponibles en cas d'occupation de terrain non autorisée nécessite la décision des autorités souveraines responsables (tribunal civil ou pénal, et/ou préfecture), laquelle ne peut être obtenue que de façon différée et moyennant une charge administrative importante, de sorte que les gens du voyage ont déjà repris la route lorsque la décision correspondante tombe. En 2014, le processus a pu être observé dans deux cas au regard desquels une plainte a été déposée par les propriétaires fonciers auprès de la Police cantonale. Dans ces deux cas, les gens du voyage avaient repris la route avant qu'une décision judiciaire n'ait été rendue. En outre, la question de la proportionnalité, qui souvent n'est pas forcément donnée, se pose surtout en vue de la possibilité d'une expulsion avec l'aide des forces de police.

Il est vrai que la plupart du temps, les gens du voyage étrangers qui occupent des terrains à Bienne, ne sollicitent pas d'autorisation, mais parquent leurs caravanes sans autre. L'enseignement que cela pourrait être judicieux de clôturer les terrains concernés et de les équiper avec des barrages appropriés n'est pas nouveau. Il y a des années déjà, le terrain souvent utilisé par les gens du voyage près du croisement de la Longue-Rue et du chemin du Long-Champ, avant sa construction, avait été équipé d'une barrière de limitation de la hauteur telle que proposée par les intervenants, et elle avait bien rempli sa fonction. Les parkings au bout de la rue de Zurich et près du chantier des Stades de Bienne sont également clos avec des grands blocs de béton et de pierres et munis d'une chaîne, afin que lorsque celle-ci est mise, l'accès ne soit plus possible que par une ouverture laissant passer exclusivement des voitures de tourisme habituelles. Cependant, cette procédure n'est pas réalisable partout, ainsi par exemple en ce qui concerne la voie d'accès au Club de tennis Biel/Bienne et à divers sites entrant en ligne de compte, car des camions doivent pouvoir y accéder.

En résumé, le Conseil municipal constate que la demande des intervenants a déjà été satisfaita où cela s'avère applicable. Dans la mesure où à l'avenir d'autres terrains municipaux seront utilisés par des gens du voyage, le Conseil municipal estime qu'une protection doit être mise en place là où c'est nécessaire et de manière non disproportionnée.

Au vu de ce qui précède, le Conseil municipal recommande au Conseil de Ville d'adopter le postulat interpartis 20140231 et de le radier du rôle comme étant réalisé.

Bienne, le 10 décembre 2014

Au nom du Conseil municipal

Le maire:

Le vice-chancelier:

Erich Fehr

Julien Steiner